

NIW INFO SPEZIAL 1|2013



STUDIENGEBÜHREN: KEIN EFFEKT AUF DAS AUSGABE- VERHALTEN DER STUDIERENDEN

VON MARTINA KULIK, FRIEDERIKE VON HAAREN UND STEPHAN L. THOMSEN

Während Studiengebühren in vielen Ländern ein Mittel zur (Mit-)Finanzierung der Hochschulbildung sind, waren sie in Deutschland nicht zuletzt nach ihrer (Wieder-)Einführung heftig umstritten. Insbesondere die Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder der Verteilungsgerechtigkeit, aber auch Überlegungen zur Qualität und Bedeutung der Hochschulbildung wurden von Befürwortern und Gegnern kontrovers diskutiert. Am 3. Juli dieses Jahres hat die niedersächsische Landesregierung beschlossen, die Studiengebühren zum Wintersemester 2014/2015 abzuschaffen, der entsprechende Gesetzentwurf wird im Herbst 2013 dem Landtag vorgelegt. Damit beendet Niedersachsen als letztes Bundesland nach weniger als einer Dekade die Erhebung von Studiengebühren für das Erststudium in Deutschland.

Die bisher verfügbare empirische Evidenz zu den Auswirkungen von Studiengebühren ergibt kein eindeutiges Bild. Die Mehrzahl der Studien konnte keine negativen Auswirkungen feststellen. Unabhängig davon könnten Studiengebühren dennoch besondere Belastungen für die Studierenden bedeuten. Anlass zu dieser Annahme geben vereinzelte Hinweise auf einen Rückgang der Studierneigung. Unsere Untersuchung auf Grundlage repräsentativer Daten für Deutschland zeigt, dass Studiengebühren jedoch keine nachweisbaren Auswirkungen auf die Gesamtausgaben oder das Sparverhalten der Studierenden haben. Finanzielle Begründungen für die Abschaffung der Studiengebühren in Deutschland erscheinen daher nicht zutreffend.

HINTERGRUND

In vielen Ländern der Welt werden Studiengebühren für ein Hochschulstudium erhoben. Auch in Deutschland war ein Studium seit der Gründung der Universität im Mittelalter gebührenpflichtig. Erst in der Folge der Studentenbewegungen der 1960er Jahre wuchs der gesellschaftliche Druck derart, dass im Jahr 1970 das Hörergeld von zuletzt 150 DM abgeschafft wurde. Mit der zeitgleichen Verabschiedung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) sollte so die soziale Öffnung der Hochschule gefördert werden. Abgesehen von einem Semesterbeitrag als Verwaltungsgebühr war das Studieren im Anschluss für mehr als drei Jahrzehnte gebührenfrei.

Nachdem die Bundesregierung im Rahmen der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes von 2002 die Gebührenfreiheit des Erststudiums festgeschrieben hatte, reichten die unionsgeführten Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt) Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein, da in Deutschland Bildung Ländersache ist. Die festgeschriebene Gebührenfreiheit des Bundes stellte entsprechend einen unzulässigen Eingriff in die Länderkompetenz dar. Das Bundesverfassungsgericht entschied in seinem Urteil vom 26. Januar 2005, dass die Bundesländer über die Einführung von Studiengebühren frei entscheiden können. Im Jahr 2006 beschloss daraufhin die Landesregierung in Baden-Württemberg,

Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland, Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester zu erheben. Von diesen sieben Bundesländern hat Hessen die Studiengebühren bereits zum Wintersemester 2008/2009 wieder abgeschafft. Das Saarland folgte zum Sommersemester 2010, Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 2011/2012, Baden-Württemberg zum Sommersemester 2012 und Hamburg zum Wintersemester 2012/2013. In Bayern wird das Studium ab dem Sommersemester 2014 gebührenfrei. Niedersachsen wird zum Wintersemester 2014/2015 als letztes Bundesland die Gebühren abschaffen.

Als Begründung für diese Entscheidungen wurde insbesondere der Abbau von finanziellen Zugangshürden angeführt.¹ Inwiefern sich diese Begründung allerdings auf empirisch belegbare und nachvollziehbare Erkenntnisse stützt, ist offen. Nur eine sorgfältige Evaluation kann hier klären, ob die Studiengebühren tatsächlich zu signifikanten finanziellen Belastungen und damit zu einer Verhaltensänderung der Studierenden führen. Für unsere Analyse nutzen wir bundesweit repräsentative Daten über einen Zeitraum vor und nach Einführung der Studiengebühren. Die unterschiedliche Handhabung der Bundesländer in der Erhebung bzw. Nichterhebung erlaubt hierbei die Identifikation der Veränderungen im Ausgabeverhalten der Studierenden, die auf die Studiengebühren zurückgeführt werden können.

STUDIENGEBÜHREN: ERWARTETE WIRKUNGEN

Aus ökonomischer Sicht ist ein Studium sinnvoll, wenn die zu erwartenden Erträge die Kosten übertreffen. Zu den Erträgen können aus individueller Perspektive gemeinhin die Aussicht auf ein höheres Einkommen und eine interessantere Tätigkeit sowie das geringere Arbeitslosigkeitsrisiko gerechnet werden. Die Realisierung der Erträge hängt aber auch von der erfolgreichen Beendigung des Studiums ab. Diese „Erfolgswahrscheinlichkeit“ wird beispielsweise von den Anforderungen des Studiums oder den vorherigen schulischen Leistungen bestimmt. Kosten entstehen sowohl direkt als auch indirekt. Zu den indirekten Kosten zählt zum Beispiel ein mögliches entgangenes Arbeitseinkommen, das wegen des Studiums nicht erzielt werden kann. Studiengebühren wirken sich – neben den Aufwendungen für die Lebenshaltung und für Lernmaterialien – dagegen direkt auf die finanzielle Situation aus. Hierdurch können sie die erwartete Rendite verringern und das Entscheidungsverhalten zur Aufnahme eines Studiums negativ beeinflussen. Zugleich können (und sollen) Studiengebühren aber zu einer Verbesserung der Studienqualität und der Qualifikation der Absolventen beitragen. Wenn Studiengebühren hierzu führen, dann werden erwartete Erträge, die Erfolgswahrscheinlichkeit und damit die Wahrscheinlichkeit zur Studienaufnahme positiv beeinflusst.

Neben der individuellen Perspektive spielt die Finanzierung auch aus gesellschaftlicher Sicht eine wichtige Rolle. Da ein gebührenfreies Hochschulstudium aus Steuereinnahmen finanziert wird, muss dieses dem Ertrag für die Gesamtwohlfahrt des Staates gegenübergestellt werden. In der Regel verdienen Hochschulabsolventen mehr als Nicht-Akademiker und haben ein geringeres Risiko arbeitslos zu werden, was mit höheren Steuer- und Sozialabgaben einhergeht. Außerdem führt ein hoher Anteil von Akademikern in der Gesellschaft zu positiven externen Effekten. Diese drücken sich z. B. in geringerer Kriminalität, besserer Gesundheit, höherer politischer Partizipation oder Wirtschaftswachstum durch Innovation aus. Wird der Vorteil des Studiums jedoch durch den individuellen Beitrag der Studierenden nicht ausgeglichen, z. B. indem sie durch höhere Steuern die während des Studiums bezogenen Leistungen zurückzahlen, ist eine direkte Beteiligung an den Kosten – durch Studiengebühren – gesellschaftlich gerecht. Alle genannten Größen und hierbei insbesondere die externen Effekte lassen sich jedoch nur schwierig quantifizieren oder gar monetär bewerten. Daher bleibt zunächst offen, ob Studiengebühren gerechtfertigt sind oder nicht.

¹ Als Begründung der Niedersächsischen Landesregierung heißt es z. B.: „Damit leistet Niedersachsen einen wesentlichen Beitrag für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Finanzielle Zugangshürden werden abgebaut, um mehr jungen Menschen ein Studium zu ermöglichen.“ (MWK, 2013).

PRO UND CONTRA DER DISKUSSION

Entsprechend kontrovers ist auch die Diskussion um das Für und Wider von Studiengebühren. In ihrem Mittelpunkt stehen die Themen der sozialen Gerechtigkeit, der Qualität der Hochschulbildung und der Verteilungsgerechtigkeit. Unter dem Verweis auf die soziale Gerechtigkeit wurde insbesondere von den Studiengebühregegnern auf die Verringerung der Chancengleichheit durch die höheren Kosten und damit verbundenen Risiken hingewiesen, die zu einer geringeren Zahl von Studienanfängern aus einkommensschwächeren Hintergründen führen könnte.

Empirische Untersuchungen erlauben bisher keine eindeutige Schlussfolgerung. Die Studien von Hetze und Winde (2010), Helbig et al. (2012) und Alecke et al. (2013) können keine Auswirkungen auf die Studierneigung feststellen – auch nicht unter Berücksichtigung einkommensschwacher und bildungsferner Hintergründe. Dagegen ermitteln Heine et al. (2008) und Hübner (2012) einen negativen Effekt auf die Studienaufnahme. Quast et al. (2012) finden zwar ebenfalls keinen negativen Effekt auf die Studierneigung in den jeweiligen Bundesländern, jedoch Hinweise für eine generelle bundesweite Verunsicherung der Studienberechtigten, d.h. dass bereits die Annahme möglicherweise Studiengebühren bezahlen zu müssen, zu einer Abnahme der Studierbereitschaft geführt haben könnte.

// DIE DISKUSSION UM DIE QUALITÄT DER HOCHSCHULBILDUNG GEWINNT ZUNEHMEND AN BEDEUTUNG //

Daneben gewinnt die Diskussion um die Qualität der Hochschulbildung zunehmend an Bedeutung, da die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung von Wissen zunimmt. Vor dem Hintergrund steigender Studienanfängerquoten und knapper öffentlicher Mittel sind Gebührenbefürworter der Meinung, dass Studiengebühren der einzige Ausweg aus der chronischen Unterfinanzierung und Überfüllung der Hochschulen ohne Qualitätsverlust sind.² Gebühregegner wenden jedoch ein, dass die Finanzierung der Hochschulbildung zu den Aufgaben des Staates gehört. Bildung als Investition in die Bürger ist dann hoheitliche Aufgabe und öffentliches Gut. Da Bildungserfolge jedoch nicht beliehbar sind und auch die Rendite (zunächst) beim Individuum verbleibt, hat sie zugleich aber auch den Charakter eines privaten Gutes.

Befürworter von Studiengebühren argumentieren häufig mit der Verteilungsgerechtigkeit: Untere Einkommensklassen würden mehr zur Finanzierung der Hochschulbildung beitragen, als sie davon profitieren könnten. Sehr plakativ gesprochen finanziert die Krankenpflegerin mit ihren Steuern das Studium des Arztsohnes. Aber auch diese Argumentation findet sich in den verfügbaren Ergebnissen nicht eindeutig wieder. In einer Reihe von Studien zeigt sich zwar, dass Studierende die von ihnen in Anspruch genommene Hochschulausbildung nicht vollständig durch spätere Steuer- und Sozialabgaben ausgleichen.³ Die vielfältigen positiven gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen die Untersuchungen jedoch nicht. Die gleichen Studien stellen außerdem fest, dass bei einer öffentlichen Studienfinanzierung Studierende aus ärmeren Familien überproportional von einem Hochschulstudium profitieren, und sich dadurch die Ungleichheit zwischen den Einkommensklassen verringert.⁴

MÖGLICHE ERKLÄRUNGSANSÄTZE

Die Mehrheit empirischer Studien konnte keine negativen Effekte der Studiengebühren auf die Zahl der Studienanfänger feststellen. Mögliche Erklärungen hierfür sind zum einen die Höhe der Studiengebühren, zum anderen eine zeitlich viel früher entstehende Ungleichheit in der Bildungsbeteiligung. Bereits während des frühen Kindesalters, aber auch im Schulalter entsteht bereits ein deutlicher Abstand für Kinder und Jugendliche aus sogenannten bildungsfernen Hintergründen.⁵

Im internationalen Vergleich, aber auch im Vergleich zu den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in Deutschland sind die Studiengebühren vergleichsweise gering.⁶ Studiengebühren könnten dennoch besondere finanzielle Belastungen für die Studierenden bedeuten. Inwiefern die Studiengebühren in Deutschland in Höhe von bis zu 500 Euro pro Semester tatsächlich zu signifikanten finanziellen Belastungen führen, werden wir nachfolgend untersuchen.

² Hierbei sollte auch die zukünftig stärkere gesetzliche Beschränkung öffentlicher Haushalte im Rahmen der Schuldenbremse berücksichtigt werden.

³ Siehe hierzu die Arbeiten von Gröske (1994), Sternberg (2001) und Borgloh et al. (2008).

⁴ Vergleiche z. B. Gröske (1994), Sternberg (2001) oder Barbaro (2003).

⁵ Vergleiche hierzu z. B. Hillmert und Jakob (2010).

⁶ Im Vergleich zu den deutschen Studiengebühren betrug die Gebühr für amerikanische Studenten an öffentlichen Universitäten im akademischen Jahr 2010/2011 im Durchschnitt 13.297 US Dollar (U.S. Department of Education, National Center for Education Statistics). In Großbritannien mussten Studienanfänger im Herbst 2012 eine durchschnittliche Gebühr von 8.385 Pfund pro Jahr zahlen (University and College Union). In einem Drittel der OECD Länder erheben staatliche Universitäten Studiengebühren von mehr als 1.500 US Dollar pro Jahr (OECD 2013).

EVALUATION DER WIRKUNGEN AUF DAS AUSGABEVERHALTEN: VORGEHEN

Da in Deutschland Studiengebühren lediglich in einzelnen Bundesländern eingeführt wurden, ergibt sich eine quasi-experimentelle Situation. Wie in einem medizinischen Versuch mit einem neuen Medikament erhält eine Gruppe den Wirkstoff (Treatment), eine andere den Placebo als Vergleichsgruppe. Bei den Studierenden sind die, die Studiengebühren zu zahlen haben, entsprechend die Treatmentgruppe, während sich die Studierenden in Bundesländern ohne Gebühren als Kontrollgruppe eignen. Im Gegensatz zu einem Laborversuch war diese Situation aber nicht von vornherein beabsichtigt, daher wird von einem natürlichen Experiment gesprochen.

Für die empirische Untersuchung verwenden wir Daten der 17., 18. und 19. Sozialerhebung aus den Sommersemester 2003 und 2006, d.h. vor der Einführung der Studiengebühren, und dem Sommersemester 2009, also nach der Einführung. Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wird die Sozialerhebung vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW; früher HIS-Institut für Hochschulforschung) in Hannover im Auftrag des Deutschen Studentenwerks durchgeführt. Die bundesweiten Repräsentativerhebungen beinhalten Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland. Von den knapp 27.200 Beobachtungen in der Stichprobe bilden die Studierenden in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die Treatmentgruppe.⁷ Die Studierenden in den übrigen Ländern bilden die Kontrollgruppe.

Das Vorliegen von Informationen über Treatment- und Kontrollgruppe vor und nach der Gesetzesänderung erlaubt die Ermittlung des Effekts einer Reform unter Anwendung der sogenannten Differenz-von-Differenzen-Methode. Dabei werden zunächst jeweils die finanzielle Situation der Studierenden in der Treatmentgruppe sowie der Kontrollgruppe vor und nach der Einführung verglichen (Vorher-Nachher-Vergleich innerhalb der jeweiligen Gruppe, Bildung der ersten Differenzen). Anschließend wird die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Gruppen gegenübergestellt (Treatment-Kontrollgruppen-Vergleich, Bildung der zweiten Differenz). Durch diese Kombination des Vorher-Nachher- und des Treatment-Kontrollgruppen-Vergleichs werden zum einen Zeiteffekte heraus gerechnet, die beide Gruppen gleichermaßen betreffen (z.B. gesamtwirtschaftliche Änderungen in den Lebenshaltungskosten). Zudem beeinflussen auch Unterschiede zwischen den Gruppen die Ergebnisse nicht, sofern diese über die Zeit konstant bleiben.

Um die Validität der Ergebnisse sicherzustellen, muss jedoch ausgeschlossen werden, dass die Studierenden keine Ausweichstrategie verfolgen. So könnten beispielsweise mehr Abiturienten aus Gebührenländern für ihr Studium in ein Bundesland ziehen, das keine Gebühren erhebt. Andererseits könnten weniger Abiturienten aus Nicht-Gebührenländern in Bundesländer ziehen, die Gebühren erheben. Tabelle 1 bestätigt dies jedoch nicht. Der Anteil derer, die in einem Gebührenland ihre Hochschulreife erworben haben, aber in einem Nicht-Gebührenland studieren, ist nach Einführung der Studiengebühren sogar leicht gesunken (- 1 Prozentpunkt). Auch das Verhalten von Abiturienten aus Nicht-Gebührenländern ändert sich nicht.

Tabelle 1: Studierende nach Herkunfts- und Studienort

	2006	2009
Hochschulreife in Gebührenland		
Studium in Gebührenland	86%	87%
Studium in Nicht-Gebührenland	14%	13%
Hochschulreife in Nicht-Gebührenland		
Studium in Nicht-Gebührenland	77%	77%
Studium in Gebührenland	23%	23%

Quelle: 18. und 19. Sozialerhebung des DZHW, Berechnungen des NIW.

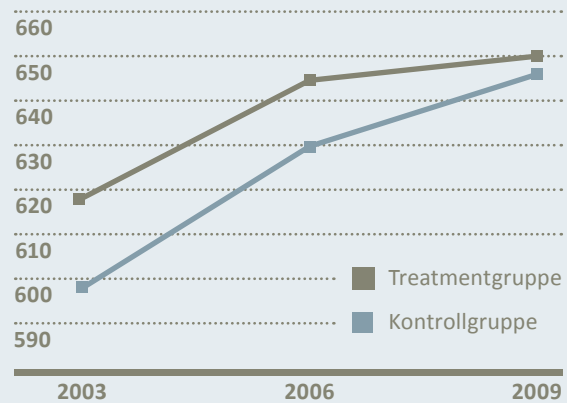
⁷ Um eine möglichst hohe Vergleichbarkeit der Studenten zu gewährleisten, wurden einige Einschränkungen der Untersuchungsstichprobe vorgenommen: Nicht eingeschlossen sind Studenten, die älter als 35 Jahre sind und Promotionsstudenten. Außerdem wurden Studenten privater Hochschulen und Universitäten, Langzeitstudenten und Studenten in Weiterbildungsstudiengängen ausgeschlossen. Studenten, die von der Zahlung der Studiengebühren befreit sind, werden ebenfalls nicht berücksichtigt. Studierende in Hessen gehören nicht zur Treatmentgruppe, da zum Untersuchungszeitpunkt (Sommersemester 2009) die Studiengebühren für ein Erststudium in Hessen bereits wieder abgeschafft waren.

EVALUATION DER WIRKUNGEN AUF DAS AUSGABEVERHALTEN: BESCHREIBUNG DER STUDIERENDEN

Bevor wir die empirischen Ergebnisse der Wirkungen von Studiengebühren auf das Ausgabeverhalten der Studierenden zeigen, wollen wir die Vergleichsgruppen kurz anhand ausgewählter Merkmale charakterisieren. In Tabelle 2 sind Mittelwerte für beide Gruppen vor und nach der Einführung der Gebühren gegenübergestellt. In Bezug auf die Ausgaben zeigt sich, dass ein Unterschied zwischen Gebühren- und Nichtgebührenländern bereits vor Einführung zu beobachten war. Änderungen haben sich im Anschluss aber eher bei den Nicht-Gebührenländern ergeben. Zugleich haben Studierende in den Gebührenländern etwas häufiger ihre Wohnung bei den Eltern. Im Hinblick auf die weitere Soziodemographie, d. h. Alter, Geschlechterverhältnis, Staatsangehörigkeit oder einen akademischen Hintergrund des Vaters, unterscheiden sich beide Gruppen hingegen nicht.⁸

Für die Untersuchung der Wirkungen der Erhebung von Studiengebühren auf die finanzielle Situation der Studierenden betrachten wir die Gesamtausgaben der Studierenden *ohne* Berücksichtigung der Studiengebühren. Die Sozialerhebung liefert hierfür zum einen Informationen über die Ausgaben der Studierenden selbst, zum anderen aber auch die dazugehörigen Ausgaben der Eltern oder Partner. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Übernahme von Ausgaben durch die Eltern oder die Partner und die Ausgaben der Studierenden zusammengefasst. Dadurch wird sichergestellt, dass – z. B. im Falle der Zahlung der Miete durch Eltern oder Partner – dies in gleicher Weise für alle Studierenden als Ausgabe gewertet wird.

Abbildung 1: Entwicklung der durchschnittlichen Gesamtausgaben ohne Studiengebühren (EUR/Monat) von 2003 bis 2009



Quelle: 17., 18. und 19. Sozialerhebung des DZHW, Berechnungen des NIW.

Die Entwicklung dieser Gesamtausgaben, getrennt nach Treatment- und Kontrollgruppe, ist in Abbildung 1 für die Jahre 2003, 2006 und 2009 dargestellt.⁹ Der Anstieg der Gesamtausgaben ist in beiden Gruppen gut nachvollziehbar. Nach der Einführung der Studiengebühren haben sich die monatlichen Gesamtausgaben (ohne Studiengebühren) aber in der Kontrollgruppe relativ zur Treatmentgruppe stärker erhöht.

Tabelle 2: Vergleich der Studierenden anhand ausgewählter Merkmale

	Studiengebührenländer (Treatmentgruppe)		Nicht-Gebührenländer (Kontrollgruppe)	
	vorher (2006)	nachher (2009)	vorher (2006)	nachher (2009)
Gesamtausgaben ohne Studiengebühren (in EUR)	645,9	649,4	629,7	645,2
Einkommen aus BAföG und Krediten (in EUR)	91,1	101,8	115,9	131,2
Sparen (in EUR)	99,0	128,9	95,2	120,2
Wochenarbeitszeit (in Std.)	6,2	7,4	6,3	7,5
Durchschnittsalter (in Jahren)	23,7	23,6	23,9	23,9
Anteil Männer	41,2%	42,3%	40,6%	40,7%
Deutsche Staatsangehörigkeit	97,0%	97,1%	97,9%	97,4%
Wohnsituation:				
bei den Eltern	24,2%	26,5%	21,7%	20,0%
im Wohnheim	12,5%	13,3%	11,3%	11,6%
Vater Akademiker	43,5%	44,0%	43,0%	43,0%

Quelle: 18. und 19. Sozialerhebung des DZHW, Berechnungen des NIW.

⁸ Zudem sind keine Unterschiede im Zeitverlauf festzustellen; dies stützt die Annahme für den Differenz-von-Differenzen-Ansatz.

⁹ Zudem haben wir die Ausgaben differenziert nach Ausgabenarten mit den Werten des Statistischen Bundesamts verglichen. Da das Statistische Bundesamt keine separaten Werte für Studierende ausweist, wurden als Vergleichsgruppen einerseits Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1.300 Euro herangezogen und andererseits Haushalte mit einem 18- bis 25-jährigem Haushaltsvorstand berücksichtigt. Die Ergebnisse (nicht gezeigt) deuten tendenziell auf geringere Ausgaben der Studierenden gegenüber den Vergleichsgruppen hin.

EVALUATION DER WIRKUNGEN AUF DAS AUSGABEVERHALTEN: ERGEBNISSE

Die Ergebnisse der geschätzten Effekte der Studiengebühren auf das Ausgabeverhalten der Studierenden durch die Differenz-von-Differenzen-Schätzung zeigt Tabelle 3 in der Zeile „Effekt“. Insgesamt haben wir vier verschiedene Modelle geschätzt. Hierbei wurden die in Abbildung 1 festgestellten Zeit- und Trendeffekte sowie die systematischen Unterschiede (insb. die unterschiedlichen Gesamtausgabenniveaus) heraus gerechnet. Abweichungen in den Gesamtausgaben können dann auf die Einführung von Studiengebühren zurückgeführt werden.

In keiner der Schätzungen wird ein statistisch gesicherter Effekt der Studiengebühren auf das Ausgabeverhalten gefunden. Anders ausgedrückt: Es lassen sich keine Unterschiede im durchschnittlichen Ausgabeverhalten der Studierenden durch die Einführung der Studiengebühren von bis zu 500 Euro im Semester feststellen. Die Verwendung verschiedener Schätzmodelle dient dazu, die Robustheit des gefundenen Ergebnisses zu überprüfen. Modelle 1 und 2 berücksichtigen hierbei alle Studierenden, unterscheiden sich aber in der Berücksichtigung weiterer, die finanzielle Situation beeinflussende Merkmale. Modelle 3 und 4 unterscheiden die Studierenden nach ihrem elterlichen Hintergrund, d. h. ob sie aus einem Akademiker- oder Nicht-Akademiker-Haushalt stammen. Obgleich sich das Vorzeichen des geschätzten Effekts unterscheidet, ist dieser Unterschied aus statistischer Sicht zu vernachlässigen. Dies wird auch durch die ökonomische Größe der gefundenen Effekte nachvollziehbar. Alle geschätzten Effekte liegen in einem Bereich von ungefähr 2% einer Änderung im Ausgabeverhalten; diese Größenordnung ist daher auch praktisch ohne Bedeutung.

// ES LASSEN SICH KEINE UNTERSCHIEDE IM DURCHSCHNITTLICHEN AUSGABEVERHALTEN DER STUDIERENDEN DURCH DIE EINFÜHRUNG DER STUDIENGEBÜHREN VON BIS ZU 500 EURO IM SEMESTER FESTSTELLEN. //

Tabelle 3: Schätzergebnisse der Wirkung von Studiengebühren auf das Ausgabeverhalten (abhängige Variable: logarithmierte Gesamtausgaben)

	Alle Studierenden		Studierende (akadem. Hintergrund)	Studierende (kein akadem. Hintergrund)
	(1)	(2)	(3)	(4)
Effekt	-0,002 (0,011)	-0,016 (0,014)	0,022 (0,017)	-0,021 (0,016)
R ² (angepasst)	0,310	0,323	0,304	0,319
Beobachtungen	23.920	17.240	10.954	11.671

Quelle: 18. und 19. Sozialerhebung des DZHW, Berechnungen des NIW.

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt Koeffizienten, die nach der Kleinst-Quadrat-Methode geschätzt wurden. Die abhängige Variable sind die logarithmierten Gesamtausgaben. Standardfehler sind in Klammern angegeben.

* zeigt statistische Signifikanz auf 10% Niveau an, ** auf 5% Niveau, *** auf 1% Niveau.

Spezifikation (1) kontrolliert für Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Kinder, Geschwister, Familienstand, Wohnsituation, Studienfach, vorangegangene Ausbildung und Nebenjob; Spezifikationen (2) bis (4) enthalten zusätzlich Kontrollvariablen für den sozio-ökonomischen Hintergrund der Eltern (Hochschulabschluss und Stellung im Beruf).

Lesehilfe: Ein Wert von -0,002 des Effekts besagt, dass die Einführung der Studiengebühren die logarithmierten monatlichen Gesamtausgaben um 0,2% senken würde, allerdings ist dieser Effekt nicht statistisch signifikant.

FAZIT

Die Abschaffung der Studiengebühren in Deutschland wurde insbesondere mit der Schaffung von Chancengleichheit im Hochschulzugang durch den Abbau finanzieller Hürden begründet. Im vorliegenden Beitrag haben wir hierzu untersucht, inwiefern die erhobenen Studiengebühren von bis zu 500 Euro im Semester tatsächlich die finanzielle Situation der Studierenden beeinflusst haben. In den Ergebnissen, die auf den umfassenden repräsentativen Daten der Sozialerhebungen unter den Studierenden basieren, können keine Änderungen festgestellt werden. Die finanzielle Situation bzw. das Ausgabeverhalten der Studierenden wurde durch die Mehrbelastung nicht beeinflusst.

Eine mögliche Erklärung liegt in der relativ geringen Höhe der Studiengebühren. Obgleich sie individuell spürbar sein können, ist die Mehrbelastung für viele Studierende nicht sehr hoch in Bezug auf die sonstigen Aufwendungen für Lebensunterhalt, Lernmaterial und Freizeit. Dies gilt unab-

hängig davon, ob die Studierenden aus Akademiker- oder Nicht-Akademiker-Haushalten stammen. Wie auch andere Studien konnte die vorliegende Untersuchung einen signifikant negativen Effekt von Studiengebühren empirisch nicht belegen. Der Grund für die Abschaffung der Gebühren scheint deshalb hauptsächlich politisch motiviert zu sein. Wenn Studiengebühren aber tatsächlich keine negativen Wirkungen haben, sind sie ein legitimes Mittel, um die Finanzierung der Hochschulen zu sichern. Die positiven Effekte der Studiengebühren, nämlich die Stärkung des Forschungs- und Lehrbetriebs an deutschen Hochschulen und Universitäten, werden durch die Abschaffung der Studiengebühren reduziert und gefährdet. Ob die angekündigten Kompensationszahlungen langfristig vor dem Hintergrund von Schuldenbremsen, notwendigen Infrastrukturinvestitionen und Steueraufkommensänderungen durch die Veränderung der Demographie garantiert werden können, ist entsprechend fraglich.

ZITIERTER LITERATUR

Alecke, B., Burgard, C., und Mitze, T. (2013): *The Effect of Tuition Fees on Student Enrollment and Location Choice*, *Ruhr Economic Papers*, No. 404.

Barbaro, S. (2003): *The Distributional Impact of Subsidies to Higher Education - Empirical Evidence from Germany*, *FinanzArchiv*, 59(4): 458-478.

Borgloh, V. S., Kupferschmidt, F., und Wigger, B. U. (2008): *Verteilungseffekte der öffentlichen Finanzierung der Hochschulbildung in Deutschland: Eine Längsschnittbetrachtung auf der Basis des Sozioökonomischen Panels*, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 228(1): 25-48.

Grüske, K.-D. (1994): *Verteilungseffekte der öffentlichen Hochschulfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland – Personale Inzidenz im Querschnitt und Längsschnitt*, in: Lüdeke, R. (Hrsg.), *Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung*, *Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Band 221/I*, S. 71-147.

Heine, C., Quast, H., und Spangenberg, H. (2008): *Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten – Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien*, *HIS: Forum Hochschule*, 15/2008.

Helbig, M., Baier, T., und Kroth, A. (2012): *Die Auswirkung von Studiengebühren auf die Studierneigung in Deutschland – Evidenz aus einem natürlichen Experiment auf Basis der HIS-Studienberechtigtenbefragung*, *Zeitschrift für Soziologie*, 41(3): 227-246.

Hetze, P. und Winde, M. (2010): *„Auswirkungen von Studiengebühren – Ein Vergleich der Bundesländer nach Studierendenzahlen und ihrer sozialen Zusammensetzung“*, in: *Ländercheck Lehre und Forschung im Föderalen Wettbewerb*, *Stifterverband für die deutsche Wissenschaft*, Essen.

Hillmert, S. and Jacob, M. (2010): *Selections and Social Selectivity on the Academic Track: A Life-Course Analysis of Educational Attainment in Germany*, *Research in Social Stratification and Mobility*, 28(1): 59-76.

Hübner, M. (2012): *Do tuition fees affect enrollment behavior? Evidence from a natural experiment in Germany*, *Economics of Education Review*, 31(6): 949-960.

MWK (2013): *Niedersachsen schafft Studiengebühren ab*, *Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur*, online verfügbar unter: http://www.mwk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=6325&article_id=18991&ps-mand=19, abgerufen am 16.09.2013.

OECD (2013): *Indicator B5 How much do tertiary students pay and what public support do they receive?*, in: *Education at a Glance 2013: OECD Indicators*, OECD Publishing.

Quast, H., Spangenberg, H., Hannover, B., und Braun, E. (2012): *Determinanten der Studierbereitschaft unter besonderer Berücksichtigung von Studiengebühren*, *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 15(2):305-326.

Sternberg, L. (2001), *Staatliche Finanzierung der Hochschulausbildung – Umverteilung von ‚unten‘ nach ‚oben‘?*, *Forum Finanzwissenschaft*, Band 22, Nürnberg.

University and College Union (2012): *Average University Tuition Fee Set to Rise to More Than £8,500 a Year*, online verfügbar unter: <http://www.ucu.org.uk/index.cfm?articleid=6187>, abgerufen am 16.09.2013.

U.S. Department of Education, National Center for Education Statistics. (2012): *Digest of Education Statistics: 2011*, online verfügbar unter: <http://nces.ed.gov/fastfacts/display.asp?id=76>, abgerufen am 16.09.2013.

AUTOREN



B.SC. MARTINA KULIK

Martina Kulik hat Wirtschaftswissenschaften an der Leibniz Universität Hannover studiert. Im Rahmen eines Praktikums im NIW verfasste sie 2013 ihre Bachelorarbeit mit dem Thema „Untersuchung der finanziellen Situation von Studierenden – Machen Studiengebühren einen Unterschied?“. Seit Oktober 2013 nimmt Frau Kulik am PreMaster Programm der Robert Bosch GmbH teil.



DIPL.-ÖKONOMIN FRIEDERIKE VON HAAREN

Tel. 0511 - 12 33 16-42
vonhaaren@niw.de

Friederike von Haaren hat Wirtschaftswissenschaften an der Leibniz Universität Hannover studiert. Von Juli 2009 bis Dezember 2012 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsökonomik der Leibniz Universität Hannover. Zwischen Oktober 2009 und März 2010 war sie außerdem als Consultant in der Abteilung für Internationale Migration der OECD tätig. Seit Oktober 2012 ist sie am NIW beschäftigt. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Bevölkerungsökonomik, insbesondere die empirische Analyse der Arbeitsmarktintegration von Migranten, die auch Thema ihres Dissertationsvorhabens ist.



PROF. DR. STEPHAN L. THOMSEN

Tel. 0511 - 12 33 16-32
thomsen@niw.de

Professor Thomsen ist seit Oktober 2011 als Vorsitzender des Vorstands und Direktor der wissenschaftliche Leiter und Geschäftsführer des NIW. Er ist außerdem W3-Professor für Angewandte Wirtschaftspolitik an der Leibniz Universität Hannover. Professor Thomsen studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt am Main und Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten Frankfurt am Main und Hagen. Zwischen 2001 und 2006 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie an der Universität Frankfurt am Main tätig, wo er im Jahr 2006 promoviert wurde. Im Anschluss war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEW Mannheim im Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ tätig. Von August 2007 bis September 2011 war er Stiftungsjuniorprofessor für Arbeitsmarktökonomik an der Universität Magdeburg. Im Juli 2011 lehnte er einen Ruf auf einen W3-Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Magdeburg ab. Professor Thomsen ist außerdem Research Associate am ZEW Mannheim und Mitglied der Lenkungsgruppe der Expertenplattform Demographischer Wandel im Land Sachsen-Anhalt am WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Lutherstadt Wittenberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind einerseits die empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, insbesondere die angewandte Ökonometrie, Mikroökonomie und (mikro)ökonomische Evaluation. Andererseits beschäftigt er sich mit Fragen der Arbeitsmarkt- und Bildungsökonomik, vor allem im Bereich der Evaluation von Politikreformen, zum Humankapitalaufbau, zur Migration und zur sozialen Sicherung.

IMPRESSUM

Herausgeber Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) / Königstraße 53 / 30175 Hannover
Telefon: 0511 12 33 16-30 / Fax: 0511 12 33 16-55 / Mail: newsletter@niw.de / Web: www.niw.de

Direktor und Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Stephan Lothar Thomsen **Vereinsregister** Amtsgericht Hannover VR-Nr. 4774
Bildnachweis fotolia